



Inhalt:

- 3 editorial
- 9 Eindrücke aus einem stillen Land
- 20 Der aufreibende Kampf der NGOs in Nicaragua
- 30 Die katastrophale Pandemiepolitik der nicaraguanischen Regierung
- Worte der zapatistischen Comunidades
 anlässlich der Demonstration gegen die Zerstörung der Natur
- 39 Ein Rückblick auf die Bildungsarbeit 2021
- 44 Rückkehr aufs Land: Aufruf zur Unterstützung der Selbsthilfestrukturen der Flüchtlinge



Informationsbüro Nicaragua e.V.

Deweerthstr. 8 42107 Wuppertal Telefon 0202 - 30 00 30

Email: info@infobuero-nicaragua.org Internet: www.infobuero-nicaragua.org



editorial

Wenn dieses Rundschreiben erscheint, hat Deutschland vermutlich wieder eine Regierung. Das ist für uns aber kein Anlass für große Erwartungen. Zwischenzeitlich kursierte das Gerücht, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) aufgelöst werden könnte. Ausgerechnet einer der engagiertesten Bundesminister für Entwicklungspolitik hätte dann das Licht ausknipsen müssen: Gerd Müller (CSU). Trotz großer Schwächen und Ungerechtigkeiten in der deutschen Politik gegenüber dem globalen Süden



und auch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wäre dies ein fatales Signal gewesen. Wir forderten die Bundestagsabgeordneten auf, dies zu verhindern, die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit auf dem Niveau von mindestens 0.7% des Bruttonationaleinkommens zu sichern und die Mittel für Klimaschutz und -anpassung für die Staaten im globalen Süden jährlich auf 8 Milliarden Euro zu steigern. Eine sozial gerechte und umweltschonende Wirtschafts-, Handels-, Agrar- und Verkehrspolitik sind für uns wesentlicher Faktor für eine nachhaltige Entwicklung weltweit. Mit VENRO, dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen forderten wir, dass in Form einer Nachhaltigkeitsprüfung jedes neue Gesetz dahingehend untersucht wird, welche Auswirkungen es auf die Menschen in Ländern des globalen Südens hat. Außerdem muss entwicklungspolitische Bildungsarbeit, deren Förderung während der Coronapandemie heruntergefahren wurde, weiter angemessen finanziert werden.



Die andauernde Corona-Pandemie gibt uns einerseits viele neue Möglichkeiten, mit regelmäßigen Online-Veranstaltungen bundesweite Informationsangebote mit Referent*innen aus Nicaragua machen zu können und auch unsere eigenen Strukturen effizient zu organisieren, so dass jetzt auch Mitglieder aus anderen Städten regelmäßig an unseren Treffen teilnehmen können. Andererseits ist es unter Coronabedingungen kaum möglich Bildungs- und Aktionsformen in Präsenz durchführen, die Grenzen von Online-Veranstaltungen zeigen sich vor allem in der rückgehenden Anzahl von Teilnehmenden.



Die Auswirkungen des Klimawandels konnten wir 2021 in Wuppertal besonders eindrucksvoll erfahren. Die Starkregenereignisse im Juli ließen die Talsperren, die Wupper und viele Häuser in bisher unbekanntem Ausmaß fluten. Zum Glück gab es in Wuppertal selbst, keine Todesopfer. Die psychischen Auswirkungen auf die Menschen in den Tallagen, werden aber noch lange andauern. Die Debatten um die Opferhilfe, die Stärkung der Resilienz als Schwammstädte und die Bekämpfung der Klimaursachen bestimmen jetzt auch die lokale Tagespolitik, aber auch die Ausrichtung unserer politischen Bildung. In unserem Debattenbeitrag "Her mit dem Guten Leben – Gegenentwürfe zur Globalen Krise" im Blog Postwachstum ordnen wir die Herausbildung der Corona-Pandemie und den Umgang

damit ebenso wie die Klimakrise in die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ein. Wir benennen die Ursachen von Krisenpolitik und suchen nach Gegenentwürfen zum kapitalistischen Wirtschaften und Auswegen aus der Globalen Krise. Dabei geben uns auch die Dynamiken Lateinamerikas und unserer Partnerorganisationen wichtige Impulse für nichtkapitalistische Utopien und emanzipatorische Praxen, so wie bei unserem Treffen mit der zapatistischen Delegation, über das wir in diesem Rundschreiben berichten. Unser neues Nahua Script Von Engels gelernt? versammelt Beiträge von Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen zu Kämpfen von territorialen Bewegungen und lokalen Gemeinschaften, um soziales Eigentum, einen kommunitären Feminismus, Bürgerversammlungen, den ökosozialen Pakt des Südens oder auch einen komplett neuen Gesellschaftsvertrag wie in Chile. Lateinamerika sorgt immer wieder für Überraschungen wie beim monatelangen Aufstand in Kolumbien oder den linken Wahlerfolgen bei den Präsidentschaftswahlen in Peru und Honduras. Lateinamerika wird uns auch in unserer Arbeit weiter begleiten. In eine Veranstaltungsreihe in Kooperation mit anderen Wuppertaler sozialen und





umweltpolitischen Organisationen – zuletzt mit dem Schwerpunkt Klimagerechtigkeit – wollen wir aus Lateinamerika gelebte Utopien und Demokratieansätze von Unten einbringen. Natürlich werden wir auch weiter die transnationale Solidarität auf die lokale Agenda setzen: In Aktionsbündnissen engagieren wir uns für ein starkes europäisches Lieferkettengesetz zum Schutz der Menschenrechte, gegen die Durchsetzung der Freihandelslogik und für faire Handelsstrukturen. Mit den rojitos, die für den solidarischen Kaffeehandel in gesellschaftlicher Verantwortung stehen (vgl. letzte Seite), arbeiten wir an einer gemeinwirtschaftlichen Kooperation.

Unsere eigene Stellensituation im Infobüro ist zum Jahreswechsel sehr prekär, eine Förderung ist weggefallen und Planungssicherheit nicht gegeben, das schmerzt uns und besonders die schon für die Stellen vorgesehenen Mitarbeiter*innen.

Der Schwerpunkt dieses Rundschreibens liegt auf der Situation in Nicaragua, besonders in der Berichterstattung über die Wahlen im November 2021, der Umgang mit der Coronapandemie, der Einschränkung kommunaler Autonomie und der gesetzlichen Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Arbeit. Die Perspektive der emanzipatorischen Bewegungen ist zurzeit düster. In Nicaragua wie in Deutschland gilt: Wir haben nur eine sozialökologische Zukunft, wenn wir sie selbst in die Hand nehmen und uns weiter einmischen.

Bleibt gesund, Euer Infobüro-Team

Alfredo, Amalia, Andreas, Angelika, Barbara, Conny, Didi, Karsten, Klaus, Maykeling, Otmar, Ria, Tamara und Ulla

Trotz der prekären Situation des Infobüros (s.o.)
wollen und werden wir weiterhin unsere
bewährte und aktuell gefragte
Informations- und Bildungsarbeit machen.
Für newsletter, Rundschreiben, Veranstaltungen
und Workshops entstehen Kosten, die trotz des
aktuell verstärkten ehrenamtlichen
Engagements anfallen.

Wir bitten um eure Unterstützung für unsere

Öffentlichkeitsarbeit!

Spenden erbeten auf das Konto

IBAN: DE47 3305 0000 0000 9636 11

des Informationsbüro Nicaragua oder direkt über das Spendenformular Spenden | Informationsbüro Nicaragua e.V. (infobuero-nicaragua.org)



Eindrücke aus einem stillen Land

vom 10. November 2021

Mein letzter Aufenthalt in Nicaragua liegt 2 Jahre zurück. Ich bin einen Tag vor der Wahl auf dem Landweg eingereist. Die Grenzkontrollen waren ausufernd bürokratisch und teilweise von absurd-kafkaeskem Chaos geprägt - letztendlich nett. In den Städten und Ortschaften, die wir auf dem Weg nach Managua durchfuhren, war eine hohe Polizeidichte zu beobachten; sehr viele antimotines (Polizeikorps spezialisiert auf die Auflösung/Zerschlagung von Protesten) waren an strategischen Kreuzungen stationiert, aufgesessen auf ihren Pick-ups. Ebenfalls auffällig: so gut wie keine sichtbare Wahlwerbung, ganz vereinzelt quer über die Straßen gespannte Banner der Oppositionsparteien, welche sich mit der regierenden FSLN in einem Wahlbündnis zusammengeschlossenen hatten.

Samstag, der 6.11. war der erste Tag einer auf insgesamt 3 Tage angesetzten Wahlboykottkampagne, die von der UNAB ausgerufen worden war, einem Bündnis von Parteien und Gruppen der zivilgesellschaftlichen Opposition. Die darin verbundenen Parteien waren entweder verboten worden oder ihre Präsidentschaftskandidat*innen wurden vor der Wahl verhaftet. Sie befinden sich bis jetzt mehrheitlich in Isolationshaft, einige wenige in verschärftem Hausarrest.



Zumindest in Managua war weder für mich noch für die von mir dazu befragten Bewohner*innen eine sichtbare Auswirkung des Aufrufs im Straßen- bzw. öffentlichen Nah-Verkehr erkennbar, auch nicht beim Einkaufsverhalten.

Unübersehbar eine durchgängig hohe Polizeidichte, sowohl stationär als auch durch Patrouillen. Die meisten Polizist*innen und antimotines waren im Gegensatz zu sonst nicht mit mehrschussigen Schrotflinten, sondern mit Kalaschnikows bewaffnet.

In der Nacht von Samstag auf Sonntag soll es mindestens 14 Verhaftungen gegeben haben; es gibt Berichte von bis zu 20. Im Gegensatz zu sonst verliefen sie hauptsächlich "non violento" (ohne "unnötige" Brutalität), bis auf die Mitnahme von Compis und Telefonen gab es auch keine weiteren Hausdurchsuchungen, die meist mit Plünderungen und Diebstahl durch die beteiligten Personen (Polizei u.a. - meist Paramilitärs) einhergehen. In einigen Fällen drangen Polizist*innen über rückwärtige Mauern oder Zäune, teilweise auch über Nachbarhäuser parallel zum Klopfen an der Haustür ein, um das Unbrauchbarmachen/ Sperren/Löschen der technischen Geräte zu verhindern.

Der Sonntagmorgen verlief sehr ruhig. Ich wohne in Altamira, drei Häuser weiter befindet sich ein Wahlbüro. Davor 2 Polizist*innen mit normaler Bewaffnung, etwas entfernt eine Doppelstreife auf Motorrädern, der Sozius mit Pumpgun. Vor und im Wahlbüro herrschte gähnende Leere. Die durch unterschiedliche Aufdrucke

auf ihren T-Shirts gekennzeichneten Wahlhelfer*innen standen tatenlos rum. Laut offizieller Angaben waren landesweit insgesamt 16.665 Polizist*innen zur Gewährleistung eines ruhigen, störungsfreien Wahlprozesses eingesetzt.



Zwischen 9 und 11h bin ich durch mehrere barrios (Altamira, 14 de Septiembre, 1 de Mayo, Jardines Veracruz, Villa Libertad) gefahren: In den barrios wieder so gut wie keine aktuelle Wahlwerbung, vereinzelt FSLN-Fahnenschmuck und – Flatterbänder; vor den

Wahlbüros standardmäßig Polizeischutz.

An allen Orten war auffällig das alte, in ihrer Beweglichkeit eingeschränkte Menschen, viele Rollstuhlfahrer*innen unter Begleitung gebracht bzw. abtransportiert wurden. Das geschah eindeutig durch Aktivisten der Frente. Ich habe nur den Einsatz von Privatfahrzeugen (vom Nobel-SUV bis zur Motor- bzw. Fahrradrikscha) beobachtet, es wird aber sowohl von urnas abiertas (s.u.) als auch in sozialen Netzwerken der häufige Einsatz von staatlichen, offiziellen Fahrzeugen dokumentiert. Ein Begleiter von mir kommentierte das mit den Worten: "Die schleppen alle zur Wahl, die nicht weglaufen können!"

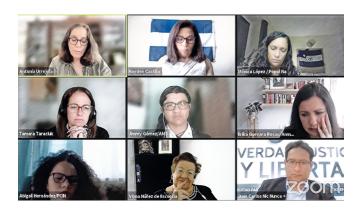
In XXX begleitete ich einen Wähler bis zum Büro. Es gab insgesamt 3 Lokale in unterschiedlichen Pavillons einer Schule. Auch hier wg. Treppen großes Behindertenschleppen, keine Schlange weit und breit. Inklusive Registrierung, Verifizierung und Stimmabgabe plus Schwärzung des Daumens dauerte es weniger als 5 Minuten. Ein - laut T-Shirt - Koordinator war völlig unglücklich, dass ich nicht wählen durfte/konnte/WOLLTE.



Anschließend wurden im einzigen teilunabhängigen TV-Kanal, den es noch gibt, direkte Korrespondentenberichte aus den verschiedenen Regionen des Landes oder Handy Videos eingespielt. Es war wohl so, dass sowohl die Frente-Aktivist*innen und -Mitglieder als auch die staatlichen oder halbstaatlich Angestellten und Arbeiter*innen dazu verpflichtet worden waren, morgens früh wählen zu gehen. Dabei ist es tatsächlich zu Schlangenbildung gekommen. Es gibt jede Menge detaillierte Instruktionen von regierungsnahen Institutionen oder Firmen an Mitarbeiter*innen, wie sie zu wählen und ihre Teilnahme zu dokumentieren haben – (Selfie mit Wahlschein etc.).

Besonders beeindruckend war, wenn eine Hundertschaft der Polizei ordentlich aufgereiht darauf wartete, ihren Oberbefehlshaber wählen zu dürfen - oder auch Militärs. In den offiziellen Kanälen wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass der Wahlvorgang "dank der guten Organisation durch das Buen Gobierno", gar nicht lange dauern würde! Und so war es auch. Am Nachmittag tröpfelten Wähler*innen in die verschiedenen Wahlzentren - häufig vorher durch Telefonate ihrer Arbeitsstellen oder durch Frente-Aktivisten freundlich daran erinnert.

Die Wahlbeteiligung muss am Vormittag so gering gewesen sein, dass der noch-Präsident und schon -wieder-Präsidentschaftskandidat Daniel Ortega sich veranlasst sah, durch eine Rede ans Volk motivierend einzugreifen - das ganze über cadena nacional - also Pflichtübertragung zeitgleich auf allen Radio- und TV-Kanälen. Es war eine kleine Veranstaltung, ein Sälchen mit ca. 50 hauptsächlich jungen in Covid-Sicherheitsabstand platzierten Menschen, einheitlich gekleidet mit weißem Hemd und blauweißem Halstuch. Im Hintergrund, welch staatstragende Überraschung: Diesmal keine einzige FSLN-Fahne, dafür die Nationalflagge mehrfach und flächendeckend. Die Rede war für seine Verhältnisse recht kurz - der Inhalt, verkürzt: Wer wählt ist für den Frieden; die Opposition sind Terroristen, die mit ihrem Staatsstreich gescheitert sind. Wenn es mit dem Wohlergehen der Bevölkerung (Impfung, Krankenhäuser, Straßenbau) weitergehen soll, muss man wählen gehen (Nationalhymne, tapferer Applaus, Ausmarsch, Klatschmarsch). Geholfen hat es nicht viel. Es wurde immer wieder hervorgehoben, man könne bis zum Schluss um 18h kommen, evtl. Schlangen würden abgearbeitet... Viele Wahlzentren blieben nachmittags weitgehend leer.





Kurz nach 21h gab die Organisation URNAS ABIERTAS in einem Interview mit dem in Nicaragua verbotenen Sender Confidencial erste Zahlen bekannt. Urnas abiertas ist eine Struktur inner-

halb der zivilgesellschaftlichen Opposition, die schon seit Monaten die Wahlvorbereitungen dokumentiert und kritisiert. Sie hatte sich auf den Wahltag mit über 1000 -natürlich nicht offen arbeitenden-Beobachter*innen aus den Reihen der Opposition vorbereitet und 563 Wahlzentren beobachtet. Auch innerhalb der offiziellen Wahlstrukturen hatten sie Unterstützer*innen und Informant*innen platziert. Sie gehen davon aus, dass die Wahlbeteiligung im Landesdurchschnitt bei gut 18% lag. Also: Über 80% der Wähler*innen hat den Gang zu den Urnen verweigert. Das ist für die Opposition ein tolles Ergebnis! Es zeigt, dass die überwältigende Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung – das sind ca. 4,4 mio. bei ca. 6,6 mio. Einwohner*innen, Wahlalter ab 16 - die von der Regierung Ortega-Murillo inszenierte Wahl verweigert hat. Die sieht das natürlich ganz anders: Laut Wahlrat lag die Wahlbeteiligung bei 65,34%, Daniel & Co wurden mit 74,99 % gewählt: JUBEL - alles gut, weiter so. Und das ist das Problem.

Montagnachmittag gab es einen großen Festakt. Der strahlende Sieger hielt eine der üblichen langen Reden, ein Streifzug durch die Geschichte. Und dann brach es aus ihm heraus: der regierende und wieder-"gewählte" Präsident - Oberbefehlshaber der Armee & Polizeikräfte, liebender Ehegatte der Vize-Präsidentin, erfolgreicher Unternehmer, Vater vieler unternehmerisch auch sehr erfolgreichen Kinder – bezeichnete die politischen Gefangenen als Hundesöhne (hijos de perra) und sagte, sie sollten dahin gehen, wohin sie gehören, in die USA. Sie seien keine Nicaraguaner mehr. Dann folgten noch einige nicht sonderlich diplomatische Auslassungen über Staaten, die diese Wahlen nicht anerkennen - die aber nichts destotrotz seit Monaten der Regierung durch Spenden ermöglichen, ihre spät begonnene und schlecht organisierte Impfkampagne durchzuführen. (Über 50.000 Nicas haben sich zwischenzeitlich in Honduras direkt hinter der Grenze impfen lassen - natürlich umsonst. In Managua werden dafür Busreisen angeboten - natürlich nicht umsonst: für 40 US\$).

Der Staatshaushalt ist durch Finanzspritzen der amerikanischen Entwicklungsbank (BCIE) für ca. 6 weitere Monate gesichert. Die Corona-Hilfsgelder sind auch nützlich, wenn man sie einsetzen kann, wie man will. Die nicaraguanische Wirtschaft und ihre Verbände prosperieren über umfassende kreditfinanzierte Bauvorhaben (die Straßen sind wirklich besser geworden). Ein Teil der daran beteiligten Firmen gehört dem Militär, der Polizei und natürlich auch der "Familie" bzw. deren Strohmännern. Dass der Vorsitzende des Wirtschaftsverbandes COSEP und sein Vertreter zu den neuen Häftlingen der Vorwahlzeit gehören, hat sei-



nen regierungsnahen Nachfolger nicht gestört. Man schweigt und verdient weiter. Aus den Reihen der FSLN gab es Andeutungen bezüglich eines neuen nationalen Dialogs nach der Wahl. Es wird spekuliert, dass es seitens der Regierung im Austausch gegen Wohlverhalten oder Ausreise (im Zweifelsfall Ausbürgerung in die USA) zu Entlassungen aus dem Gefängnis kommen könnte. Wie viele und welche der politischen Gefangenen das beträfe, ist völlig unklar. Wer sich von den oppositionellen Gruppen darauf einlassen würde, und zu welchen Konditionen, ebenso wenig. Eine weitere Spaltung und damit Erschwernis, zu einheitlichen Positionen zu kommen, ist wahrscheinlich. Die Haftbedingungen für die "historischen" politischen Häftlinge und für die 40 neuen Geiseln der letzten Monate sind unmenschlich. Es scheint das Ziel zu sein, sie physisch und psychisch zu brechen. Ihre Angehörigen leiden unter permanenter Verfolgung, Verlust des Arbeitsplatzes, Druck durch Nachbarn und lokale Parteistrukturen.

Die im Land verbliebenen oppositionellen

Aktivist*innen stehen, soweit sie bekannt sind, unter vielfachem, ständigen Druck. Vom Polizeiauto vor der Tür über Drohanrufe und Terror in den sozialen Netzwerken bis hin zu Tätlichkeiten ist alles Normalität. Verhaftungen finden ständig statt.

Die klandestin Arbeitenden stehen unter hohem Verfolgungsdruck.

Die Fähigkeiten der Regierung bzgl. IT-Kommunikation beschränken sich nicht auf Troll-Farmen. Aufklärung wird mit international eingekaufter Spyware betrieben. Die Infiltrationsversuche sind dank kubanischer

Erfahrung und Hilfe an der Tagesordnung. Sicherlich



sind sie auch - zumindest teilweise - erfolgreich. Jeder, der Nicaragua verlässt, um sich oder die Familie zu schützen, sollte unser volles Verständnis finden. Jede, die weitermacht, verdient unsere volle Unterstützung in jeder Form.

Die Situation im Exil ist hart. Die physische Sicherheit scheint nicht das Hauptproblem zu sein, bis auf ein noch nicht aufgeklärtes Attentat in Costa Rica und ungeklärte Ermordungen in Honduras. Die Lebensbedingungen die Masse der Flüchtlinge sind prekär. Costa Rica ist ein teures Land, working poor ist für die meisten der legal Arbeitenden Normalität. In dieser Situation halblegal oder illegal zu arbeiten, bedeutet Hunger. Die Lebensmittelpreise sind hoch, die Mieten noch höher. Die Wohnbedingungen sind beengt, die Gesundheitsversorgung ist nur für anerkannte Flüchtlinge garantiert. Es gibt andauernd Probleme mit dem Schulbesuch der Kinder und dessen Finanzierung. Eine politische Einheit im Exil besteht nicht. Kleinster gemeinsamer Nenner scheint die bedingungslose Freilassung aller Gefangenen zu sein. Gleichzeitig weiß man inzwischen aus Erfahrung, dass für jede, die rauskommt, ein anderer wieder einfährt.

Die gemeinsame Erfahrung der meisten im Inland und im Exil ist Enttäuschung, geringe Hoffnung auf politische Veränderung und Frustration. Es gibt eine ahnungsvolle, aber gleichzeitig mit Ängsten besetzte Hoffnung auf den großen Knall, wenn nämlich die Wut die Angst besiegt. Der erfolgreiche, passive Widerstand durch den Wahlboykott hat aber nicht etwa den Widerstandsgeist gestärkt, sondern eher dazu geführt zu sagen: "Bueno - aber was hat's geändert und wird es ändern? Jetzt wird es noch schlimmer als vorher."

Wie geht es also weiter? Der internationale Druck (seitens Europas, der USA, der OAS) mag zunehmen, wird aber Ortega-Murillo nur in ihrem Helden- bzw. Märtyrernarrativ bestärken. Schon seit 2018 sind sie Gefangene ihres Luxusgefängnisses El Carmen, wenn auch ohne spürbare Einschränkungen für sich und die Mitsanktionierten. Was den internen Druck auf die Ortega-Familie erhöhen könnte, wären massive wirtschaftliche Sanktionen (über 70% der Exporte gehen in die USA), die alle Sektoren der Wirtschaft treffen, u.a. die Pensionskassen von Militär und Polizei. Solche Maßnahmen würden sich schnell und noch umfassender als die covidbedingten Wirtschaftsprobleme auf die gesamte Bevölkerung auswirken. Ob das zu einem Regierungswechsel führen könnte, ist reine Spekulation oder Wunschdenken auf Kosten anderer. Noch keine Diktatur ist jemals durch politischen Druck von außen gestürzt worden.

Es gilt weiterhin und mehr als je zuvor, jegliche Form von zivilgesellschaftlicher Opposition in Nicaragua und anderswo zu unterstützen: Finanziell, durch Informationsarbeit, in der Öffentlichkeit.

Al final solo los nicas salvan a los nicas. Am Ende retten nur die Nicas die Nicas.

Wir können und müssen dabei helfen.

Unterstützt unsere Antirepressionsarbeit durch Spenden

Vor und während der Wahl haben die Verhaftungen noch einmal zugenommen. Polizei und Geheimdienst waren die Vorbereitungen zur Wahlbeobachtung durch urnas abiertas nicht verborgen geblieben. Die Opposition geht von ca. 30 - 50 Verhafteten/Verschwundenen aus. Weder in den Polizeigefängnissen noch in U-Haft oder in den Haftanstalten entsprechen die Haftbedingungen den Mindeststandards, dazu kommen kein/kaum Hofgang, Dunkelhaft oder Dauerbeleuchtung. Es ist dringend erforderlich, die Angehörigen durch materielle Hilfen zu befähigen, die zum Überleben der Gefangenen notwendige tägliche Versorgung mit Lebensmitteln, Trinkwasser oder auch Medikamente zu gewährleisten. Neben den Kosten für die Einkäufe kommen die täglichen Anfahrtskosten und der Zeitaufwand, der andere Tätigkeiten einschränkt. Hilfe ist dort notwendig!

Spenden erbeten für unseren

Antirepressionsfond

auf das Konto

IBAN: DE56 3305 0000 0000 9767 38

des Informationsbüro Nicaragua

Der aufreibende Kampf der NGOs in Nicaragua gegen die Schikanen der "Legalisierung" und die Auswirkungen des Gesetzes der "Ausländischen Agenten"

Organisationen der Zivilgesellschaft werden durch hohen und unberechenbaren administrativen Aufwand für ihre Legalisierung als "Ausländischer Agent" in ihrem Handeln beschränkt, ausgelaugt oder indirekt verboten. Die Registrierung ist staatlicherseits zwingend vorgeschrieben.

Die mehr als 2000 sozialen Vereine, Verbände und Stiftungen, die über zwanzig Jahre hinweg aktiv Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Demokratieförderung oder die Interessen benachteiligter Bevölkerungsgruppen vorangetrieben haben, werden seit 2007, der Machtübernahme der Ortega-Regierung, zunehmend in ihren wichtigen Aktivitäten beschränkt.

Schon 2008 hatte die Veröffentlichung des Manuals de ONG (Handbuch zu Nichtregierungsorganisationen) große Verunsicherung unter internationalen und nationalen NGOs ausgelöst. Die Dachverbände der nationalen und lokalen NGOs, also der lokalen Zivilgesellschaft, sowie der internationalen Geber-NGOs (private und staatliche Akteure mit Sitz in Nicaragua) konnten damals noch punktuell mit der Regierung verhandeln. Das umstrittene Manual wurde dann aber von der Regierung nicht in allen Aspekten weiterverfolgt. Für ein paar Jahre konnte man auf Geber und Nehmerseite der internationalen Kooperation weiterarbeiten wie bisher.

Eigentlich gab es, als im Jahr 2007 die Frente Sandinista erneut die Macht übernahm, zu Anfang bei den NGOs große Hoffnung, dass nun der Staat noch mehr mit ihnen zusammenarbeiten würde. So hatte die NGO CIPRES, geleitet von dem Sandinisten Orlando Nuñez, schon in den 90ern im Nordwesten des Landes ein Programm zur Kapitalisierung und Ernährungssicherung von Kleinbäuer*innen mit großem Erfolg umgesetzt. Aufbauend auf dieser Erfahrung hatte die FSLN ihr Programm "Hambre CERO" entworfen. Alle waren überzeugt, dass die Regierung bei der Umsetzung Erfahrungen und Basiskontakte der lokalen NGOs nutzen würde, und hofften auf eine produktive Kooperation. Aber auch hier kam die Enttäuschung schnell. Hambre

Vieler, dass das Programm vom Agrarministerium durchgeführt werden sollte. Das Ergebnis ist bekannt. Uneffektiv, direktional und z.T. mit

CERO wurde von Anfang an zentralisiert und die

Ortega Regierung bestimmte zum Erstaunen

Korruption belastet, waren die Auswirkungen nur mäßig.

Die Konkurrenz der NGOs bei den sozialen Programmen ist der Ortega Regierung ein Dorn im Auge

Die Ortega Regierung schraubte wider Erwarten die bisher vorhandenen Ansätze zur Dezentralisierung und von öffentlich-zivilgesellschaftlicher Koordination zurück. Alle Erfolge der sozialen Programme sollten aufs Konto der Regierung gehen. Teilweise setzte die Regierung sozial engagierte NGOs, die die Unterstützung staatlicher Institutionen für ihre Projekte brauchte, diese unter Druck, um das Projekt komplett über die staatlichen Institutionen laufen zu lassen. Falls nicht, würde es blockiert oder behindert. Die Regierung schrieb sich dann propagandistisch den Erfolg eines Projektes in ihren Publikationen aufs Hemd, auch wenn die NGOs den Großteil der Arbeit geleistet hatten.

Über den komplizierten Prozess, eine gemeinnützige Organisation am Leben zu erhalten

Seit 2008 wurden die Prozesse und Bedingungen für diese sogenannte Legalisierung immer komplizierter. Bis 2014 lief dies in der Regel reibungslos und



Gründung bzw. Legalisierung einer Organisation (Juristische Person)

Um in Nicaraqua einen Verein zu gründen, muss man nach dem Gesetz 147, auf einer Gründungsversammlung die Statuten beschließen und diese wird der Nationalversammlung vorgelegt. Mit einer Zustimmung im nationalen Parlament kann die NGO sich beim Innenministerium (MINGOB) in der DRCA (Departamento de Registro y Control de Asociaciones) registrieren lassen. Das beinhaltet meist die Gemeinnützigkeit und beschränkte Steuerbefreiung. Die Geburt einer solchen Juristischen Person konnte auch schon in der Vergangenheit 2-5 Jahre dauern. Oft musste zur Beschleunigung die Unterstützung eines lokalen Abgeordneten gesucht oder erkauft werden. Jährlich muss die Organisation dann laut Gesetz bei der DRCA einen Finanzbericht, die Bilanz und eine Liste der Einnahmen abgeben. Über die Legalität einer NGO stellt die DRCA den NGOs jährlich, auf Antrag und gegen Gebühr, Zertifikate aus. Diese Zertifikate (Constancias) sind oft unabdingbare Voraussetzung, um bei ausländischen Gebern Projekte zu beantragen, ein Bankkonto zu eröffnen, bei Dachverbänden Mitglied zu sein, sowie Entwicklungshelfer anstellen zu können. Hat man diese Zertifikate nicht, ist man praktisch handlungsunfähig. Ein wichtiges Zertifikat ist die "Constancia de Cumplimiento", die Erfüllungsbescheinigung, mit der bestätigt wird, dass die Organisation alle gesetzlichen Voraussetzungen der Legalität geliefert hat.



die NGOs konnten bei fristgerechter Einreichung der Dokumente nach etwa 4 Wochen mit der Ausstellung der Zertifikate rechnen. Die Veränderung begann schleichend, immer häufiger dauerte die Ausstellung Constancia de Cumplimiento einige Monate. An den eingereichten Dokumenten gab es immer etwas, dass nicht stimmte. Wieder musste die Verwaltung der NGO 3- oder 4-mal nach Managua reisen, bis endlich die Bilanz, der Finanzbericht etc. von den Angestellten der DRCA akzeptiert wurde. Seit 2018 nun gilt das zentrale Zertifikat nur noch 3 Monate, und es werden neue zusätzliche Berichte und Dokumente eingefordert, um sie zu erhalten. Die DRCA will nun die detaillierten Eingangskonten, Belege aller Ausgaben, Geldflussberichte, die Steuererklärung und eine aktualisierte Auflistung der Aktiva der NGO sehen. Und dies in einer ganz bestimmten, sich aber immer wieder ändernden Form.

Diese willkürlichen Verwaltungsschikanen sind v.a. für kleine Organisationen aus weit entfernten Gebieten, wie der Atlantikküste schon "tödlich". Sie können die Fahrten nach Managua, die Gebühren der Anträge etc. einfach nicht mehr bezahlen. Aber eine juristische Person stirbt nicht so einfach (laut Gesetz kann sie

nur durch Beschluss der Nationalversammlung aufgelöst werden!!). Hat mal ein kleiner Verein die erforderlichen Dokumente für mehrere Jahre nicht eingereicht, so muss sie Strafen von 50-150 \$ pro Jahr zahlen. Und natürlich müssen hinterher dann umgehend alle erforderlichen Dokumente der Vorjahre eingereicht werden. Man kann nur schätzen, wie viele Vereine und NGOs durch diese Verwaltungspraktiken schon praktisch lahmgelegt sind. Zu diesen Zahlen sind keine Daten auf der website des MINGOB zu finden. Nach lokalen Beobachtungen ist davon auszugehen, dass gut die Hälfte der 2000 NGOs Nicaraquas im administrativen "Fegefeuer" der Legalisierung durch die DRCA schmoren. Viele kleine, aber auch größere Vereine und Stiftungen sind schon am Schritt der Legalisierung gescheitert. Sie haben dafür oft 3-4 Jahren umsonst gearbeitet und bezahlt.

Belagerung der Büros der NGOs durch Polizei und Para-Militärs

Seit 2018 werden viele NGOs, v.a. die zu Frauenrechten arbeiten oder als feministisch verschrien sind, oder besonders aktive Umwelt- und Menschenrechts-Organisationen immer wieder tage- und wochenweise von mehreren Pick-UPs belagert. Diese staatlichen





Fahrzeuge sind beladen mit bis zu 10 gut bewaffneten Polizisten der Spezialeinheit Direccion de Operativos ESpeciales (Einheit zur Aufstandsbekämpfung) oder auch mal von

Paramilitärs. Diese willkürlichen Aktionen (es werden ja keine Delikte begangen in den Büros der NGOs!), werden vom Regime durchgeführt, um die Angestellten und Zielgruppen der Vereine noch mehr einzuschüchtern und um die eigene Anhängerschaft zu überzeugen, dass durch diese NGOs Aufstands-Gefahr im Verzuge sei. Die Paramilitärs sind häufig ehemalige Kämpfer aus dem Befreiungskampf der 70er Jahre. Sie wurden während der ersten Monate des Aufstandes 2018 von den lokalen Autoritäten (Bürgermeistereien) mit Gewehren u.ä. bewaffnet. Sie werden seitdem gut bezahlt (20\$/Tag) und treffen sich tagsüber an staatlichen Institutionen, machen nachts Streifzüge durch die Barrios und können eigentlich machen, was sie wollen. Auch bei einfachen Fortbildungen z.B. mit Jugendlichen auf dem Lande zu Themen wie Naturschutz oder Rechten der Jugend hört meist ein lokal bekannter Spitzel zu und gibt dann später seinen Bericht bei der Partei ab. Aus diesem Grund haben einige NGOs ihre Aktivitäten in den Dörfern eingestellt. Sie wollen die Bevölkerung vor Verdächtigungen schützen. Unter diesem Regime können viele Organisationen keine Legalisierung mehr erwarten. Manche schaffen es mit einer Unterwerfungs-Erklärung, in der sie dem Regime Treue schwören. Auch solche Fälle sind bekannt. Die Angst wurde noch größer, als 2018 die ersten NGOs vom Staat geschlossen wurden. Seitdem wurden insgesamt 49 NGOs annulliert und ihre Liegenschaften z.T. konfisziert.

Mit dem Ley de Agentes Extranjeros (Gesetz über "Ausländische Agenten") verschärft sich die Situation. Ende 2020 wurde das neue Gesetz erlassen, das wie aktuell fast alles im Eilverfahren mit der absoluten Mehrheit der FSLN im Parlament durchgezogen wurde. Ähnliche Gesetze gibt es auch in Russland und in manch anderer Diktatur auf der Welt - in El Salvador wird es zurzeit vorbereitet.

Das Gesetz stellt die Handlungsfähigkeit der nationalen und internationalen NGOs sowie staatlichen Entwicklungsagenturen in Frage, denunziert Kooperation quasi als Einmischung in innere Angelegenheiten Nicaraguas. Alle Organisationen mussten schnell entscheiden, ob sie sich als Agente Extranjero registrieren oder nicht. Denn innerhalb von 60 Tagen nach Veröffentlichung tritt ein Gesetz in Kraft. Der Knackpunkt



des Gesetzes ist, dass, wer immer auch Mittel oder Güter im Rahmen der internationalen Kooperation mit ausländischen Gebern erhält, sich nach diesem Gesetz als Ausländische Agenten registrieren lassen muss. Unterlässt man die Registrierung und empfängt dennoch ausländische Zahlungen, so macht sich die Organisation strafbar. Und allen Organisationen, die Mittel aus dem Ausland erhalten, wird ohne Unterschied von vornherein unterstellt, dass Überweisungen aus dem Ausland im Prinzip immer benutzt würden zum Zwecke der "Einmischung der ausländischen Regierungen, Organismen oder natürlichen Personen in die internen und externen Angelegenheiten Nicaraguas" (Art 1 des Gesetzes 1040) - was auch immer das bedeutet, bleibt allein den Machthabenden überlassen! Im Grund bleibt den Vorständen der Vereine, Stiftungen und Kooperativen in Nicaragua, auch den internationalen Agenturen der Kooperation nur die Entscheidung zwischen Einschreibung als Ausländische Agenten mit der Folge der Unterwerfung unter die zusätzlichen weiteren administrativen Prozeduren - oder ein Fortbestand auf der Basis von Eigenmitteln, was eher selten gegeben ist.





Unter diesem Regime können viele Organisationen weder eine Legalisierung noch im weiteren Verlauf eine halbwegs unabhängige Fortführung der Arbeit mehr erwarten. Seit 2018 wurden insgesamt 49 NGOs annulliert und ihre Liegenschaften z.T. konfisziert.

Das Damoklesschwert der Schließung hängt also gleich neben den Foltergeräten der Legalisierung - mit willkürlichen Prozeduren ... und die Nicaraguaner*innen in den NGOs müssen dies alles täglich LEBEN.



Die katastrophale Pandemiepolitik der nicaraguanischen Regierung

Die Methoden des Ortega-Murillo-Regimes sind beim Umgang mit der Corona-Pandemie - ähnlich wie in anderen Bereichen - rein auf Machterhalt ausgerichtet: Bloß keine Veränderungen, die der Wirtschaft schaden oder ihre Jubel-Massenveranstaltungen gefährden könnten oder den Alltag durcheinanderbringen. Dazu dient die Informationspolitik des "Secretismo", des Verheimlichens von Informationen, um die Bevölkerung einzulullen und so zu tun, als ob nichts Besonderes wäre.





Zu Anfang, während der 1. Covid-Welle, war allen staatlich Angestellten das Tragen von Masken jeder Art verboten (bis Juni 2020). So wurde ein Lehrer, der bei einer Fortbildung Maske trug, weil er sich und seine vorerkrankte Mutter schützen wollte, vom Erziehungsministerium MINED entlassen. Sogar dem Krankenhaus-Personal wurde untersagt, sich mit Handschuhen und OP-Masken notdürftig zu schützen, "um die Patienten nicht zu beunruhigen". Daher gab es unter ihm besonders viele Opfer zu beklagen. Wer seine Stimme warnend erhob, verlor seine Stelle. Masken zu tragen, galt zeitweise auch als Akt des Widerstands gegen die Regierung. Statt Vorsichtsmaßnahmen einzuleiten, rief die Präsidenten-Gattin im März 2020 ihre Anhänger*innen und alle öffentlich Angestellten zu einem gemeinsamen "Marsch gegen das Virus" auf, um "mit Liebe" der weltweiten Epidemie zu begegnen, die ja Nicaragua verschont habe. Ein Superspreader-Event unter dem Motto "Amor en los tiempos del covid-19" (analog zum Roman von García Márquez "Liebe in Zeiten von Cholera").

Später, nachdem viele Menschen aus Regierungs-Kreisen an Covid erkrankt und gestorben waren, wurde der Polizei und Paramilitärs die **Maske erlaubt**, mit der **Doppelfunktion**, dass sie bei Einsätzen schwerer zu identifizieren waren. Nun wurde von MINSA (das Gesundheitsministerium) gesagt, Händewaschen und Stoffmaske würden reichen, um den Alltag wie gehabt fortzusetzen. Auch Daniel Ortega und seine Frau traten bei ihren Reden jetzt mit Maske auf. Bemerkt haben die Nicaraguaner*innen die Katastrophe natürlich selbst – schmerzhaft durch die vielen Ansteckungen und Todesfälle mit nächtlichen "Express"-Beerdigunqen.

Infektionen und Todesfälle werden negiert

Ca. **6.000 Tote** in Zusammenhang mit Corona hat die unabhängige Beobachtungsstelle Observatorio Ciudadano gezählt. Die Regierung behauptet dagegen, es gebe lediglich **213 Corona-Todesfälle**. Die auffällig gehäuften Sterbefälle seit Beginn der Pandemie werden anderen Ursachen zugeschrieben: Lungen- und anderen Krankheiten. Glücklicherweise nehmen die Ansteckungen und Todesfälle seit Ende September wieder etwas ab, aber Ansteckungsgefahr und Lebensgefahr für die Bevölkerung bestehen weiter.





Die Maßnahmen der Regierung waren lange halbherzig und zielten in erster Linie darauf ab, den eigenen (Wirtschafts-)Projekten nicht zu schaden, sich durch die Pandemie also weder stören zu lassen (kein social distancing, erst recht kein Lockdown) noch größere Geldsummen zum Schutz der Bevölkerung investieren zu müssen (z.B. keine frühzeitige Bestellung von Impfdosen). Das konnten sie weitgehend widerspruchslos erreichen durch Geheimhaltung der tatsächlichen Fallzahlen, Propaganda, Einschränkung der Pressefreiheit und Einschüchterung. Die Bevölkerung konnte sich kaum orientieren und lebte und lebt in ständiger Unsicherheit und Angst - natürlich nicht nur wegen Covid 19. Dazu kommt, dass Coronatests (MINSA verfügt über große Schenkungen) weder für Labore noch für privat Personen erhältlich waren. Das Ministerium selbst setzte durchaus die Covidtests ein - aber nur wenn die Person Symptome hatte und oft, ohne hinterher das Ergebnis mitzuteilen. Wer einen PCR-Test für Auslandsreisen benötigte, musste (zumindest bis Anfang 2021) nach Managua zum MINSA fahren. Nur dort gab es den Test - zum Preis von \$ 150. dem höchsten Preis in Mittelamerika.



Selbst in der aktuellen Ausbruchswelle, heftiger als die vorige, hat Vizepräsidentin Rosario Murillo wiederholt aufgerufen, an politischen, religiösen, kulturellen Massenveranstaltungen teilzunehmen. Natürlich, es lief ja die Wahlkampagne. Die katholische Kirche dagegen hat Prozessionen abgesagt. Die Lehrer*innen an den staatlichen Schulen wurden auch während der Spitze der Pandemie verpflichtet, in Präsenz zu unterrichten. Als viele Eltern ihre Kinder nicht mehr zur Schule schickten, mussten die Lehrer*innen auf Anordnung des Erziehungsministeriums MINED von Haus zu Haus zu gehen, um die Eltern zu überzeugen, ihre Kinder wieder zum Unterricht zu schicken.

Während das Regime also die Pandemie nicht ernst nahm und erstmal abwartete, waren und sind die Folgen für die Bevölkerung immens hoch: Fast jede*r hat ein Familienmitglied oder Freund verloren, leidet vielleicht selbst an den Folgen der Erkrankung oder kämpft ums wirtschaftliche Überleben.

Schleppende Impfkampagne - Strategiewechsel vor den Wahlen

8 Monate schleppte sich die Impfkampagne in Nicaragua auf erschreckend niedrigem Niveau dahin. Das

Land war das Impf-Schlusslicht (nach Haiti) aller amerikanischen Staaten: Nur 5,4% der Bevölkerung seien vollständig geimpft, 14,1% hätten die erste 1. Dosis erhalten, berichtet die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) noch Ende Oktober. Zwei Wochen vor den nationalen Wahlen kündigte Ortega nach massiven Käufen und Spenden von Impfstoffen plötzlich einen Strategiewechsel an. Er ordnete die Eröffnung von 1.100 Impfstellen überall im Land an, auch auf Märkten und Messen. MINSA hätte diese Möglichkeiten zur Durchimpfung viel früher nutzen können, anstatt die Leute an den Impftagen im Krankenhaus stundenlang in Sonne und Regen stehen zu lassen - manchmal 2 Tage. Die vielen neuen Impfstellen bedeuteten keine langen Anreisen und Wartezeiten mehr. Dafür gab es keine vernünftige Aufklärung mehr und Impfprotokolle wurden vernachlässigt.

Monatelang hat MINSA das Wissen um zirkulierende gefährliche Covid-Varianten verborgen und erst jetzt mit 6 Monaten Verspätung der OAS bestätigt. Die Bevölkerung wurde nicht vor der höheren Ansteckungsgefahr und Sterblichkeitsrate durch die neuen Virenstämme gewarnt.





Genau wie bei den Covid-Infektionen und den Todesfällen gibt es bei der Impfquote widersprüchliche Zahlen, was auch die Angaben der Regierung betrifft. Die OAS beklagt, es lasse sich nicht überprüfen, ob der Prozentsatz der Geimpften real sei; an vielen Tagen würden sie auch einfach keine statistischen Meldungen von MINSA erhalten. Rosario Murillo behauptet, 52% der Bevölkerung seien schon geimpft – die OAS geht nur von 7,38% vollständig Geimpften und 17,6% einmal Geimpften aus.

Zuletzt kündigte Rosario Murillo an, dass es demnächst **Impfbrigaden** geben wird, die von Haus zu Haus gehen und dort Impfungen anbieten

Es wäre den Nicaraguaner*innen sehr zu wünschen, dass die Impfungen endlich vorangehen, dass die Ansteckungsgefahr sichtlich abnimmt und damit die Angst und Hilflosigkeit ein Ende haben.





Ein Treffen mit den Zapatisten im "Land der Widerspenstigkeit"

(von den Einheimischen Europa genannt)

Auf unsere Initiative trafen sich mehrere Wuppertaler Kollektive, darunter das Infobüro Nicaragua, das Autonome Zentrum, Lebensbaum, FAU-Bergischland am 28. September mit 5 zapatistischen Genoss*innen der Gruppe "Escuchas y Palabras" im Hambacher Forst. Sie waren ein Teil der zapatistischen Reise "Für das Leben", auf der sie die 5 Kontinente bereisen. Ziel der Reise war es, die Kämpfe der anderen kennen zu lernen, die gegen die "kapitalistische Hydra" kämpfen, derjenigen, die rebellieren und die Widerstand leisten. Während



des Treffens stellte jede Gruppe ihre Geschichte, ihre Kämpfe, ihre Arbeit und ihre Probleme vor. So lernten die Zapatist@s auch die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Frühindustrialisierung Wuppertals und die anschließende Degenerierung durch Kapitalismus, Konsumismus und Sozialdemokratie kennen, die es gab und zum Teil bis heute gibt. Wir, die verschiedenen Kollektive, haben so über unseren politischen Aktivismus nachgedacht und festgestellt, dass es uns an der kollektiven Konstruktion einer Alternative mangelt, da wir uns stets mit dem gerade Dringenden beschäftigen.

Dabei gaben die Zapatist@s uns diese Worte mit:

Worte der zapatistischen Comunidades – anlässlich der Demonstration gegen die Zerstörung der Natur

Es spricht die Compañera Libertad, 24. September 2021.

Guten Tag.

Dies ist unser kleines Wort innerhalb einer kleinen Geschichte:

Da ist eine Frau.

Ihre Hautfarbe spielt keine Rolle, denn sie hat alle Farben.

Ihre Sprache spielt keine Rolle, denn sie hört alle Sprachen. Ihre Ethnie und Kultur spielen keine Rolle, denn sie beherbergen alle Art und Weisen. Ihr Größe spielt keine Rolle, denn sie ist groß und



doch passt sie in
eine einzige Hand.
Alle Tage und zu jeder Stunde wird dieser
Frau Gewalt angetan,
wird sie geschlagen,
verwundet, vergewaltigt,
verspottet, herabgewürdigt.
Ein Macho übt seine Macht
über sie aus.

Alle Tage und zu jeder Stunde kommt sie zu uns – zu uns Frauen, Männern, AnderEn.

Sie zeigt uns ihre Wunden, ihre Schmerzen, ihren Kummer.

Und wir geben ihr lediglich Worte des Trostes, des Bedauerns.

Oder ignorieren sie.

Vielleicht geben wir ihr etwas als Almosen, damit sie ihre Wunden heile.

Der Macho jedoch setzt seine Gewalt fort.

Wir Frauen wissen und Ihr wisst, wo dies enden wird. Sie wird umgebracht werden – und mit ihrem Tod wird alles sterben.

Wir können damit fortfahren, ihr lediglich tröstende Worte und Arzneien gegen ihre Leiden zu geben. Oder wir können die Wahrheit sagen: Das einzige Mittel, das sie heilen kann und vollständig gesunden lässt, besteht darin, denjenigen zu konfrontieren und zu zerstören, der ihr Gewalt antut.

Und wir können auch als Konsequenz daraus, uns mit ihr zusammentun und an ihrer Seite kämpfen.

Wir, die zapatistischen Pueblos, nennen diese Frau: Mutter Erde – Madre tierra.



Dem Macho, der sie unterdrückt und demütigt, könnt Ihr Namen,

Gesicht und Gestalt geben, wie

es Euch beliebt.

Wir, die zapatistischen Pueblos, nennen diesen Mörder-Macho beim Namen: Kapitalismus.

Und wir sind in diese Gegenden (oder: Regionen) gekommen, um zu fragen, um

Euch zu fragen:

Werden wir weiterhin denken, mit Salben und Schmerzmitteln seien die verletzenden Schläge von heute zu lindern – obzwar wir wissen, dass morgen die Wunde noch größer und tiefer sein wird? Oder werden wir mit ihr gemeinsam kämpfen? Wir, die zapatistischen Comunidades, haben uns entschieden, zu kämpfen – mit ihr zusammen, wegen ihr und für sie.

Das ist alles, was wir Euch sagen können.

Vielen Dank, dass Ihr uns zugehört habt. Wien, Österreich, Europa, Planet Erde.



Ein Rückblick auf die Bildungsarbeit 2021

Ein spannendes, aufregendes und auch herausforderndes Jahr für unsere Bildungs-

arbeit geht zu Ende. Ein Jahr mit vielen digitalen Veranstaltungen und einigen, umso schöneren Präsenzseminaren, mit neuen Menschen und Projekten. Aber auch ein Jahr, welches mit einem abgelehnten Projektantrag

gelehnten Projektantrag und viel Unsicherheit über die Zukunft der Bildungsarbeit zu Ende geht.

Zu Beginn des Jahres 2021 fing Ria bei uns an. Amalia und Ria wurden schnell zu einem guten Team und brachten die Bildungsarbeit insbesondere im Bereich der rassismuskritischen Bildung weiter. Das Büro war endlich wieder durch zwei Hauptamtliche besetzt und auch das Team der Ehrenamtlichen, sowie der Honorarkräfte wuchs im Laufe des Jahres. Darunter auch Maykeling, die seit Mai ihren Freiwilligendienst bei uns absolviert.



Ab Frühjahr konnten wir durch die Förderung von Demokratie Leben zehn kostenlose Workshops zur politischen und machtkritischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen in Wuppertal und Umgebung, sowie zwei rassismuskritische Multiplikator*innen Seminare für Lehrer*innen in Kooperation mit der GEW anbieten und außerdem einige unserer Methoden zu digitalisieren. In digitalen und analogen Workshops konnten wir den Teilnehmer*innen Impulse und Gedankenanstoße zu den Themen Rassismuskritik, Kolonialismus, Klimagerechtigkeit und Demokratie bieten. Erreichen können wir dabei vor allem Freiwilligendienstleistende, Studierende und Lehrer*innen, aber auch einige Schulen haben uns trotz der Pandemie eingeladen.

In 6 Multiplikator*innen Fortbildungen konnten wir unsere Methoden an andere politische Bildner*innen weitergeben. Erstmalig gab es auch zwei spanischsprachige Multiplikator*innen Seminare, digital im März und analog im Oktober in Berlin. Die spezifische Zielgruppe war eine Besonderheit und ermöglichte einen Austausch zwischen spanischsprachigen Bildungsreferent*innen, viele von ihnen mit Zuwanderungsgeschichte aus Nicaragua und anderen Ländern Lateinamerikas. Außerdem fanden drei Multiplikator*innen Seminare zum Werkheft Demo-

kratie und Soziale Bewegungen (2 digital und 1 in Präsenz in Köln) statt und ein digitales Seminar zum Werkheft Kolonialismus und Rassismus, veranstaltet durch das Eine Welt Netz NRW. Insbesondere die Methoden der neuen Werkhefte Demokratie und Soziale Bewegungen und Yo me organizo y resisto haben viel positives Feedback von den Teilnehmer*innen erhalten.

Im Rahmen des neuen Projektes war eine Überarbeitung der Materialhefte von 2015 geplant, umso auch zu den Themen Klimagerechtigkeit, Kolonialismus und Rassismus, Migration, Weltwirtschaft und Menschenrechte wieder aktuelle und hochwertige Materialen anbieten zu können. Nach dem wir schon zwei neue Mitarbeitende für das kommende Projekt gefunden hatten, kam sehr überraschend eine Absage von Engagement Global. Sie stellt uns vor die Herausforderung, ob und wie es nun weitergeht mit der Bildungsarbeit im Infobüro. Für die nächsten Monate fehlt uns in jedem Fall eine Finanzierung. Wir freuen uns deshalb sehr über Spenden, die es uns ermöglichen die Zeit bis zum nächsten bewilligten Antrag zu überbrücken.





Rückkehr aufs Land: Aufruf zur Unterstützung der Selbsthilfestrukturen der Flüchtlinge

Wie im Rundschreiben 2020 berichtet, unterstützen wir das Projekt "Rückkehr aufs Land"; bisher konnten wir 5.500€ überweisen. Dona Francisca, die Bauernführerin der Antikanalbewegung, hat in der Nähe von



Tulapa im Grenzgebiet Costa Ricas eine Finca gepachtet. Die ehemaligen Gebäude wurden erweitert und unter anderem eine große offene Versammlungshalle dazu gebaut. Zurzeit leben dort unter extrem beengten Verhältnissen ca. 120 Menschen. Im Umland wurden



Gebäude dazu gemietet. Durch landwirtschaftlichen Anbau soll Selbstversorgerstatus erreicht werden und evtl. Üherschüsse verkauft werden. Neben einem Nutzgarten wird Yuca und Malanga angebaut, es gibt Hühner

und eine recht erfolgreiche Schweinezucht. Seit einigen Monaten gibt es weiter entfernt neue Flächen, die teilweise schon bepflanzt sind, teilweise noch urbar gemacht werden müssen. Perspektivisch sind die Pflanzungen auf einen längeren Aufenthalt angelegt. Laut Dona Chica war die anfängliche Planung auf Abruf ("wir gehen ja sowieso bald wieder zurück!") emotional verständlich und richtig, wirtschaftlich aber ruinös. Die Rücklagen sind komplett aufgebraucht, inclusive der Geldmittel, die durch Verkauf oder Verpachtung von Landflächen in Nicaragua aufgebracht wurden. Dort häufen sich auch Beschlagnahmungen bzw. die Erteilung von Nutzungsrechten an Böden von geflüchteten Bauern an Parteigänger des Regimes. Die Grundkosten nur für Strom und Wasser liegen bei ca. 500 US\$ im Monat. Es fehlt Geld für Saatgut, für den täglichen Transport der Kinder zur Schule, für Schulkleidung und Schulmaterialien und für die gesundheitliche Versorgung all derer, deren Flüchtlingsstatus

noch nicht anerkannt ist. Es fehlt Geld für alles was nicht auf dem Feld wächst: von Schuhen über Kleidung, Waschmittel, Seife, Hygieneprodukte, Lebensmittel wie Speiseöl, Tortilla-Teig und Salz. Ideal wäre, einen festen Betrag monatlich zusagen zu können, damit Planungssicherheit besteht. Fast täglich treffen neue Flüchtlinge aus dem Umfeld der Antikanalbewegung in Costa Rica ein - Folge der zunehmenden Repression durch Militär und Polizei und der sich kontinuierlich verschlechternden wirtschaftlichen Lage. Da die Finca keine weiteren Menschen mehr aufnehmen kann, müssen sie dort nach einer Lebensmittelversorgung weiter bzw. weggeschickt werden.

Spenden erbeten auf das Konto DE56 3305 0000 0000 9767 38

des Informationsbüro Nicaragua oder über das Spendenformular auf der homepage.

Spenden nach Nicaragua 2021

Frauenrechte	4000 €
Demokratie/Partizipation	8400 €
Menschenrechte	7900 €
Hurrican-Hilfe an der Atlantikküste	1500 €

Gesamt 22800 €

Spenden für Nicaragua allgemein haben wir wieder - nach Dringlichkeit - an Netzwerke der Frauenbewegung, Netzwerke der Protestbewegung und Gruppen, die Menschenrechtsarbeit machen, weitergeleitet. Zum Schutz unserer Partnerorganisationen, die jetzt z.T. im Exil sind, machen wir keine genaueren Angaben. Näheres gerne auf Nachfrage.

Spendenkonten des Informationsbüro Nicaragua

für Öffentlichkeitsarbeit

IBAN: DE47 3305 0000 0000 9636 11

für die Arbeit in & zu Nicaragua

IBAN: DE56 3305 0000 0000 9767 38

für den Rechtshilfefonds

IBAN: DE83 3305 0000 0000 9171 79

bei der Stadtsparkasse Wuppertal BLZ: 330 500 00 SWIFT-BIC: WUPSDE33



Das Rundschreiben 2022 wurde aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst gefördert. Vielen Dank!



- Über 30 Jahre solidarische Zusammenarbeit mit Kaffeekooperativen in Nicaragua und anderen Ländern Mittel- und Südamerikas
- Langfristige Abnahme- und Mindestpreisgarantien
- Direkter, persönlicher Kontakt mit den Handelspartner*innen
- Gemeinsame Weiterentwicklung der Handelsbedingungen und des Preismodells
- Unterstützung der Kooperativen in Krisenzeiten



www.el-roiito.de